



Bundesministerium  
für Wirtschaft und Arbeit



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



## **Ausbildungspakt auf gutem Weg**

### **Erste Zwischenbilanz**

**"100 Tage Nationaler Pakt für Ausbildung  
und Fachkräftenachwuchs in Deutschland"**

# **I. Zusammenfassung und Ausblick**

## **Neue Impulse und erste Erfolge**

Der Ausbildungspakt von Wirtschaft und Bundesregierung vom 16. Juni 2004 greift. Er beschreitet neue, innovative, freiwillige Wege und setzt verbindliche Ziele. Er schafft eine neue Qualität bei der Ausbildungsvermittlung in der Zusammenarbeit von Kammern und Agenturen für Arbeit. Er wirkt motivierend und stimulierend auf alle, die in Deutschland für Ausbildung Verantwortung tragen. Er hat eine Reihe zusätzlicher regionaler Bündnisse angestoßen und bei allen Paktpartnern enorme Aktivitäten in einem bisher nie da gewesenen Umfang in Gang gesetzt:

Bereits drei Monate nach Inkrafttreten stellen wir eine erfreuliche Trendwende bei der Entwicklung der neuen Ausbildungsverträge fest. Die Industrie- und Handelskammern melden bis Ende August einen Zuwachs an neuen Ausbildungsverträgen von 3,7 %, das Handwerk registriert zum gleichen Zeitpunkt 2,4% mehr neue Ausbildungsplätze.

Die intensive Arbeit aller Paktbeteiligten trägt damit erste Früchte:

- Der außergewöhnliche Einsatz der haupt- und ehrenamtlichen Werber vor Ort bei den Kammern hat viele Unternehmen zu erstmaligen oder zu zusätzlichen Ausbildungsangeboten veranlasst.
- Die Mitarbeiter in den örtlichen Agenturen für Arbeit haben ihre flächendeckenden Beratungs- und Vermittlungsangebote für ausbildungssuchende Jugendliche noch einmal intensiviert sowie durch außergewöhnlichen Einsatz und zahlreiche Aktionen bundesweit Ausbildungsstellen geworben.
- Die Verbände der Arbeitgeber und der Industrie haben mit großem Engagement neue Ausbildungsplätze und Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen erschlossen.
- Bundesministerien und Bundesbehörden sind auf gutem Wege, ihre Ausbildungsleistung um 20% auszubauen. Auch die Bundesagentur für Arbeit bietet 900 Ausbildungsplätze mehr an als ursprünglich geplant. Darüber hinaus hat der Bund seinen Einfluss gegenüber der mittelbaren Bundesverwaltung geltend gemacht, um deren Ausbildungsleistung ebenfalls zu erhöhen.

- Das Bund-Länder-Ausbildungsprogramms Ost wurde mit 14.000 Plätzen für das 2004 am 15. Juli 2004 unterzeichnet. Der Bund setzt damit seine Anstrengungen auf hohem Niveau fort.
- Alle Beteiligten haben hervorragend miteinander kooperiert, die Arbeit von Kammern und Agenturen für Arbeit geht Hand in Hand.

### **Für den Herbst bleibt noch Vieles zu tun**

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt kann noch nicht befriedigen. Zum Ende des Berichtsjahres am 30. September wird voraussichtlich eine von der Bundesagentur für Arbeit festzustellende Lehrstellenlücke verbleiben. Trotz aller Anstrengungen dürfte diese aus heutiger Sicht eher höher als im Vorjahr sein, wengleich die Geschäftstatistik der Bundesagentur bekanntermaßen nicht alle von der Wirtschaft angebotenen Ausbildungsplätze erfassen kann. Erst die Einbeziehung der bei den Kammern registrierten Ausbildungsverträge ergibt am Jahresende ein vollständiges Bild der Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt.

Deshalb kommt der nach dem 30. September beginnenden flächendeckenden Nachvermittlung mit abgestimmten Verfahren und den hierfür im Pakt vereinbarten neuen Ansätzen eine besondere Bedeutung zu, damit die Paktpartner gemeinsam ihr Ziel erreichen, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung bis Ende des Jahres zu unterbreiten. In den letzten Jahres konnte die Lehrstellenlücke im Zuge der Nachvermittlung immer deutlich reduziert werden.

Alle Jugendlichen, die am 30. September noch ohne Ausbildungsplatz sind, werden von den Agenturen für Arbeit und Kammern angesprochen und erhalten – soweit erforderlich, auf der Basis eines Kompetenzchecks - ein Angebot für einen Ausbildungsplatz in der dualen Ausbildung, für eine betriebliche Einstiegsqualifizierung oder für ein anderes adäquates Qualifizierungsangebot. Darüber hinaus führt die Bundesagentur für Arbeit ihre ausbildungsfördernden Maßnahmen auf gleicher Höhe wie im Jahr 2003 fort.

Wir können deshalb zuversichtlich sein: Wenn alle Beteiligten in der Nachvermittlungsphase mit diesem Tempo und diesem Engagement fortfahren, werden wir bis zum Jahresende unser Ziel erreichen, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Dies kann mit den 30.000 neuen Ausbildungsplätzen und 25.000 betrieblichen Einstiegsqualifikationen erreicht werden. Dies erfordert eine nationale Kraftanstrengung, die über die Paktpartner hinaus, alle gesellschaftlichen Kräfte verpflichtet.

## Ausblick

Noch ist dieses ehrgeizige Ziel allerdings nicht erreicht, wenn auch die ersten 100 Tage in die richtige Richtung weisen:

- Wir stehen erst am Beginn der Umsetzung einer über drei Jahre laufenden gemeinsamen Verpflichtung. Grundlegende Entwicklungen sind angestoßen worden, die in absehbarer Zeit ihre volle Wirkung entfalten werden.
- Auf der Basis der ab November 2004 vorliegenden Zwischenbilanzen soll im Herbst 2005 entschieden werden, ob es ergänzender Initiativen bedarf.
- Der Pakt wirkt auch über die Beteiligten hinaus. Es gibt auch viel Engagement z.B. bei den Freiberuflern, Kirchen, Landwirten und den Öffentlichen Arbeitgebern bei Ländern und Gemeinden. Gleichwohl sind auch dort weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Ausbildungssituation notwendig.
- Gleichermaßen müssen die Schulen sich vorrangig und rasch um eine Verringerung der hohen Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss und ohne hinreichende Ausbildungsreife bemühen. Dazu müssen z.B. die Schüler besser gefördert und mehr gefordert und die notwendigen Basis- und Schlüsselkompetenzen erfolgreicher vermittelt werden.
- Die Schulen sollten noch mehr als bisher die Angebote aus der Wirtschaft für eine verstärkte Partnerschaft mit Betrieben aufgreifen. Gerade Jugendliche mit schlechteren Startchancen würden davon profitieren.
- Nach wie vor bleiben in bestimmten Regionen bzw. in bestimmten Ausbildungsberufen angebotene Ausbildungsplätze unbesetzt. Deshalb sind auch die jungen Menschen gefordert: Oft findet sich ein Ausbildungsplatz zwar nicht gleich vor der Haustür oder im Traumberuf, aber in einer anderen Gegend oder in anderen, oft verwandten, den individuellen Eignungen und Kompetenzen entsprechenden Ausbildungsbereichen.
- Die Tarifparteien sind aufgefordert, durch ausbildungsfördernde Vereinbarungen einen aktiven Beitrag zum Ausbildungspakt zu leisten. Beide Seiten müssen sich weiterhin um zusätzliche Anreize für Ausbildung und um den Abbau bestehender Hindernisse bemühen. Der rasche Beginn einer zukunftsfähigen Ausbildung ist für die jungen Menschen jetzt das Wichtigste, weil diese Grundlage für das Berufsleben später oft nur unter großen Schwierigkeiten nachgeholt werden kann. Deshalb sind alle dazu aufgefordert, jetzt für die Zukunft auszubilden. Es gilt: Ausbildung vor Übernahme.

Die weitere konjunkturelle Erholung ist eine zusätzliche wichtige Rahmenbedingung für die langfristige Verbesserung der Ausbildungssituation.

Wenn alle sich entsprechend anstrengen, wird der Pakt auch längerfristig mit seinen zahlreichen neuen Ansätzen erfolgreich sein: Im Interesse aller jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, zum Vorteil aller Unternehmen in Deutschland, die entscheidend auf qualifizierte Mitarbeiter angewiesen sind.

## **II. Maßnahmen im Einzelnen**

### **Einwerbung neuer Ausbildungsplätze**

Zentraler Bestandteil des Paktes ist die Einwerbung von 30.000 neuen Ausbildungsplätzen pro Jahr. Hierzu haben die Wirtschafts- und Kammerverbände ihre Aktivitäten – von einem hohen Niveau ausgehend – nachhaltig ausgebaut. In 2004 sind bisher im IHK-Bereich rd. 25.000 und im Handwerk rd. 11.300 neue Ausbildungsplätze eingeworben worden. Diese Anstrengungen gehen unverändert weiter.

Die **Industrie- und Handelskammern** haben ihr Engagement zur Werbung neuer Ausbildungsbetriebe und neuer Ausbildungsplätze nochmals gesteigert. Bis Ende Juli wurden 396.300 Betriebe schriftlich, 90.700 telefonisch und 68.500 Betriebe durch persönliche Kontakte angesprochen. Der personelle Einsatz wurde ebenfalls erhöht. Ende Juli waren 188 hauptamtliche und 1.015 ehrenamtliche Akquisiteure zusätzlich im Einsatz. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Im Zeitraum von Jahresbeginn bis Mitte Juli konnten bereits 13.400 neue Ausbildungsbetriebe akquiriert werden, bis Ende August wurden rd. 25.000 neue Ausbildungsplätze eingeworben.

Mit ihren Aktivitäten zur Lehrstellenakquise haben die 54 **Handwerkskammern** vom Beginn des Jahres bis Ende Juli 2004 etwa 262.000 Betriebe kontaktiert, davon über 32.000 im persönlichen Gespräch. Dabei ist es gelungen mehr als 6.200 neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen und 11.300 neue Ausbildungsplätze einzuwerben.

Neben den Ausbildungsberatern und –entwicklern der Handwerkskammern wurden 466 Kammermitarbeiterinnen und -mitarbeiter, beispielsweise aus den Reihen der Betriebsberater, zusätzlich in die Akquise und Vermittlung von Lehrstellen eingebunden. 20 hauptamtliche Lehrstellenakquisiteure wurden neu eingestellt. Hinzu kommen etwa dreieinhalbtausend ehrenamtliche Lehrstellenwerber, die Betriebe in Fragen der Ausbildung unterstützen und aktiv um neue Ausbildungsplätze werben. Hierbei handelt es sich in der Regel um erfahrene Ausbilder. Neben der Tatsache, dass die verschiedenen Akteure vor Ort enger kooperieren, ist vor allem positiv zu

bewerten, dass innerhalb der Handwerkskammern das Thema Ausbildungsplatzakquise und –vermittlung absolute Priorität erhält. Dies verdeutlicht die verstärkte Einbindung von Abteilungen, welche nicht unmittelbar mit dem Thema Berufsbildung befasst sind.

Die **Arbeitgeberverbände** sind durch vielseitige Initiativen bei der Mobilisierung von Ausbildungsplätzen insbesondere in neu oder zusätzlich ausbildenden Betrieben erfolgreich. Sie leisten finanzielle Unterstützung und bieten den Unternehmen organisatorische Hilfen an, die von der Auswahl der Bewerber bis zur Begleitung des Unternehmens und der Auszubildenden während der gesamten Ausbildung reichen. Zudem organisieren sie Ausbildungsverbände und –ringe sowie Ausbildungskooperationen. Hierdurch wird insbesondere erstmals ausbildenden Betrieben und stark spezialisierten Betrieben der Einstieg in Ausbildung erleichtert bzw. ermöglicht. Arbeitgeberverbände sprechen zudem gezielt Unternehmen an, um für Ausbildung zu werben und alle Möglichkeiten für Ausbildung zu nutzen. Durch ein vielseitiges Spektrum an Initiativen tragen die Arbeitgeberverbände in Deutschland ganz wesentlich zur Umsetzung des Ausbildungs paktes bei. Sie investieren in diese Aktivitäten nach eigenen Angaben jährlich rund 100 Mio. €

Um die wachsende Wirtschaftskraft von Betrieben **ausländischer Unternehmerinnen und Unternehmer** verstärkt zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze zu nutzen, haben 14 deutsch-ausländische Unternehmervereine am 15. September 2004 eine Initiative für mehr Lehrstellen vereinbart. Gemeinsam mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung und dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages verabschiedeten sie einen Appell für mehr Ausbildung in Betrieben von Migranten. Rund 50.000 Betriebe könnten erstmals ausbilden, viele andere zumindest Einstiegsqualifikationen anbieten.

Auch die **Bundesverwaltung** hat neue Ausbildungsplätze geschaffen. Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung wird im Jahr 2004 um rund 20% erhöht. Darüber hinaus hat der Bund seinen Einfluss gegenüber der mittelbaren Bundesverwaltung geltend gemacht, um deren Ausbildungsleistung ebenfalls zu erhöhen. Die Bundesagentur für Arbeit stellt 2004 900 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung, das entspricht einer Steigerung der Ausbildungskapazität um 40% zum Vorjahr.

Die **Bundesagentur für Arbeit** engagiert sich bundesweit durch eine Vielzahl von Betriebskontakten, um Unternehmen über die Chancen und Möglichkeiten der Ausbildung und der Nachwuchsgewinnung zu beraten. Zu den bekannten Aktionstagen gehört der „Tag des Ausbildungsplatzes“. Am diesjährigen „Tag des Ausbildungsplatzes“ kontaktierten mehrere tausend Berufsberater, Arbeitsvermittler und Führungskräfte der Bundesagentur für Arbeit mehr als 51.000 Firmen, um dort für mehr Ausbildung zu werben. Rd. 14.000 zusätzliche Ausbildungsplätze, 3.200 mehr als ein Jahr zuvor, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur im Rahmen von Betriebsbesuchen, Telefonaktionen und weiteren Veranstaltungen beim "Tag des Ausbildungsplatzes" geworben.

Flankiert wird die Lehrstellenakquise von einem vielfältigen Spektrum von Aktionen aller Pakt-partner, z.B. Werbekampagnen, Ausbildungshotlines, Online-Lehrstellenbörsen, Berufsinformationsveranstaltungen, Ausbildungsmessen, besonderen Aktionstagen und Sommerlehrgängen für Jugendliche und Schüler etc. Zahlreiche dieser Aktionen werden gemeinschaftlich von Arbeits-agenturen, Verbänden, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Innungen, Kreis-handwerkerschaften, Kirchen und sonstigen sozialen Einrichtungen durchgeführt.

### **Einstiegsqualifizierung für Jugendliche mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven**

Mit der Einstiegsqualifizierung, über deren erfolgreiche Durchführung die Kammern ein Zertifi-kat erstellen, haben die Wirtschaftsverbände ein neues Instrument entwickelt, mit dem Betriebe Jugendlichen eine Einstiegschance geben. Bei gegenseitigem Interesse ist der Übergang in eine Ausbildung oder Beschäftigung möglich. Bei erfolgreich absolvierten Einstiegsqualifizierungen ist eine Verkürzung der Ausbildungszeit möglich. Betrieben bietet sich die Chance, jungen Nachwuchs besser kennen und einschätzen zu können. Bei einer Einstiegsqualifizierung über mehrere Monate können Jugendliche zeigen, was in ihnen steckt, und die Betriebe sehen mehr als Schulzeugnisse aussagen.

Für die Einstiegsqualifizierungen kommt eine Vielzahl von Modellen in Betracht. So ist es vie-len Arbeitgeberverbänden in Kooperation mit Unternehmen möglich, eigene Konzepte einzu-bringen. Mit individuell gestalteten Einstiegsqualifizierungen tragen sie dazu bei, Jugendlichen mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven an Ausbildung heranzuführen und ein Qualifizie-rungsangebot machen zu können, indem die Verbände betrieblich durchgeführte Maßnahmen entwickeln, organisieren und unterstützend begleiten.

Bis Ende August haben die Industrie- und Handelskammern bereits mehr als 10.000 Plätze für Einstiegsqualifizierung eingeworben. Hilfreich sind hierbei die vom DIHK bereitgestellten Flyer und Broschüren zur Einstiegsqualifizierung. Diese Informationen für die Betriebe werden paral-lel auch im Internet ([www.pakt-sucht-partner.de](http://www.pakt-sucht-partner.de)) zur Verfügung gestellt. Über die ersten zehn zentral entwickelten Einstiegsqualifizierungen hinaus wurden auf regionaler Ebene bereits 20 weitere Einstiegsqualifizierungen entwickelt. Der DIHK wird diese, ggf. nach Überarbeitung zur Einhaltung einheitlicher Standards, allen Industrie- und Handelskammern zur Verfügung stellen.

Die Arbeitgeberorganisationen werben ebenfalls diese Plätze ein: Zum Beispiel hat allein Süd-westmetall 1.200 Plätze in seinen Mitgliedsunternehmen akquiriert und den Kammern gemeldet.

Auch die Handwerksorganisationen haben eine Reihe von Einstiegsqualifizierungen erarbeitet, die als Türöffner zur Ausbildung dienen. Für die sechs- bis zwölfmonatige Einstiegsqualifizie-

rung, deren Inhalte eng an staatlich anerkannte Ausbildungsberufe gekoppelt sind, kombiniert das Handwerk verschiedene Qualifizierungsbausteine, die einheitlich gestaltet sind und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entwickelt wurden. Bewerber erhalten so die Möglichkeit, einen Ausbildungsberuf, einen Betrieb und das Berufsleben kennen zu lernen. 80 Qualifizierungsbausteine aus 13 Handwerksberufen liegen bereits vor. Vom Zentralverband des Deutschen Handwerks wurden entsprechende Flyer und Handreichungen erarbeitet und Kammern und Betrieben zur Verfügung gestellt. Im Laufe des Septembers wurden die Ausbildungsberater und –akquisiteure der Handwerkskammern auf zentralen Infoveranstaltungen geschult.

### **Förderung durch die Bundesregierung**

Der Bund unterstützt das neue Instrument der Einstiegsqualifizierung durch einen Zuschuss zum Lebensunterhalt der Jugendlichen bis zu 192 € und die Übernahme des pauschalierten Gesamtsozialversicherungsbeitrages in Höhe von 102 €. Das Programm wird von den Agenturen für Arbeit durchgeführt. Hierfür stehen im Bundeshaushalt 270 Mio. € während der dreijährigen Laufzeit zur Verfügung. Mit der EQJ-Richtlinie vom 28. Juli 2004 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die Förderung geregelt. Über die Durchführung des Bundesprogramms durch die Bundesagentur wurde eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Mit den Durchführungsanweisungen vom 30. August 2004 hat die Bundesagentur für Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, dass die Agenturen die Förderung ab 1. Oktober 2004 zügig beginnen können.

Die Bundesagentur für Arbeit wird ihre ausbildungsfördernden Maßnahmen auf gleicher Höhe wie im Jahr 2003 fortführen.

Die Verwaltungsvereinbarung über die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsprogramms Ost im Jahr 2004 mit 14.000 Plätzen wurde am 15. Juli 2004 unterzeichnet, die hierfür seitens des Bundes erforderlichen Mittel sind im Regierungsentwurf des Haushalts 2005 berücksichtigt.

Mit dem Programm STARegio des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden regionale Initiativen zur Verbesserung der Ausbildungsstrukturen und zur Erhöhung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes in Problemregionen gefördert. Die für das Programm bis 2007 vorgesehen Mittel in Höhe von 25 Mio. € (einschließlich ESF-Finanzierungsanteile) wurden auf 37 Mio. € erhöht, so dass die im Pakt vereinbarte Steigerung von 50 % umgesetzt werden kann. Bereits Ende August erfolgt die Ausschreibung einer zusätzlichen dritten Projektrunde, die Projekte starten schon im Dezember 2004.

Das BMBF-Programm „Ausbildungsplatzentwickler Ost“ wurde durch ein neues Programm „Ausbildungsplatzentwickler West“ für Ausbildungsproblemregionen in Westdeutschland ergänzt. Mit jährlich 4 Mio. € (einschl. ESF-Mittel) wird bis 2006 die Beschäftigung von bis zu 60



zusätzlichen hauptamtlichen Ausbildungsplatzentwicklern bei den Kammern mit 50% der Kosten gefördert. Erste Bewilligungen sind bereits erfolgt.

### Neue Qualität des Vermittlungsprozesses und der Nachvermittlung

Aus den Berichten der Agenturen für Arbeit und der Regionaldirektionen geht hervor, dass durch den Impuls des bundesweiten Ausbildungspaktes die lokale und regionale Kooperation zwischen den Hauptakteuren des Vermittlungsprozesses deutlich verbessert wurde und vielerorts „neuer Schwung“ in die schon bestehenden guten Kooperationsbeziehungen gekommen ist. Seit Ende Juni haben alle Agenturen verstärkt die „Altbewerber“ kontaktiert und z.T. zusammen mit den Kammern zusätzliche Vermittlungsbemühungen in Form von Aktionstagen, Vermittlungsbörsen u. ä. eingeleitet. In einigen Agenturen wurden zu diesem Zweck auch vermehrt Berufswahltests zur vertieften Eignungsfeststellung durchgeführt.

Zur schnelleren Aktualisierung ihrer Stellen- und Bewerberbestände hat die Bundesagentur für Arbeit ein **Callcenter** beauftragt, das bei Betrieben und Bewerbern fragt, ob der Bewerberwunsch bzw. das Stellenangebot noch aktuell sind. Ab 23. August 2004 bis 30. September 2004 werden insgesamt 160.000 Telefonkontakte mit Bewerbern und Betrieben realisiert. Zusätzlicher Schwerpunkt ist die Ansprache von Betrieben, die bisher keine Ausbildungsstellen gemeldet haben. Folgende Ergebnisse sind zu verzeichnen: 5.400 Bewerber/innen (= 17 % der bis dahin Angerufenen) konnten wegen einer Einmündung in eine schulische oder betriebliche Ausbildung oder eine Arbeitsstelle abgemeldet werden, d.h. sie zählen nicht mehr zu den noch nicht vermittelten Bewerbern. Dies zeigt, dass eine intensive Kontaktdichte in der Berufsberatung zu deutlich verbesserten Datengrundlagen für die Nachvermittlung beitragen kann.

Im Pakt ist vereinbart, dass die gemeinsame Nachvermittlungsaktion von Kammern und Arbeitsagenturen „soweit erforderlich auf der Basis eines **Kompetenzchecks**“ erfolgen soll, der von den Agenturen für Arbeit unter Mitwirkung der Kammern durchgeführt werden soll. In der ersten Phase der Umsetzung des Ausbildungspaktes haben die Paktpartner und die Bundesagentur für Arbeit auf zentraler Ebene die fachlichen und organisatorischen Grundlagen für die Entwicklung und Umsetzung des „Kompetenzchecks“ und der Nachvermittlung gelegt.

Auf Grundlage der bei der Berufsberatung der Agenturen vorhandenen Bewerberdaten wird geprüft und entschieden, ob weitere eignungsdiagnostische Informationen benötigt werden. Für die Durchführung zusätzlicher Eignungsbeurteilungen hat der Psychologische Dienst der Bundesagentur eine „Psychologische Eignungsbeurteilung im Rahmen des Kompetenzchecks“ entwickelt. Alle anderen Dienstleistungen des Psychologischen Dienstes stehen den Beratungsfachkräften ebenfalls zur Verfügung. Bei Bedarf können auch externe Anbieter mit zusätzlichen Eignungsfeststellungen beauftragt werden.

In einer gemeinsam von den Vertretern der Kammern und der Berufsberatung vorgenommenen Bewertung aller Informationen wird für den Jugendlichen eine **Empfehlung** zur Eingliederung in Ausbildung bzw. für die weitere Qualifizierung ausgesprochen.

Selbstverständlich ist zur Erreichung der Paktziele die **Mitwirkung** der Jugendlichen erforderlich. Die Bundesagentur für Arbeit hat klar gestellt, dass für die Teilnahme an der Nachvermittlungsaktion und am Kompetenzcheck die gleichen, gesetzlich festgelegten Mitwirkungspflichten der Bewerber gelten, wie bei allen nach SGB III vorgesehenen Maßnahmen zur individuellen Ausbildungsvermittlung und zur Eignungsfeststellung. Bewerber, die an der Nachvermittlungsaktion ohne triftigen Grund nicht mitwirken, insbesondere auf die Einladungsschreiben zum Kompetenzcheck bzw. zur Nachvermittlungsaktion nicht antworten oder ein zumutbares Angebot ablehnen, gehören nach individueller Prüfung nicht mehr zum Kreis der aktuellen Bewerber, auch wenn sie später ihr Bewerbergesuch erneuern und wieder als Bewerber bei der Berufsberatung geführt werden.

### **Kooperation Schule/Wirtschaft**

Seit über 50 Jahren engagieren sich die deutschen Arbeitgeberverbände in der Arbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT*, um systematische Konzepte zur Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung sicherzustellen. Im Rahmen von 15 Landesarbeitsgemeinschaften und 450 regionalen Arbeitskreisen arbeiten Schulleiter, Lehrkräfte und Unternehmensvertreter zusammen, um Jugendliche praxisnah über die Arbeits- und Berufswelt zu informieren und so ihre Berufsorientierung nachhaltig zu verbessern. Die Schüler erhalten Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge und Abläufe sowie konkrete Unterstützung für eine erfolgreiche Berufswahlentscheidung. Darüber hinaus wird unternehmerisches Denken und Handeln vermittelt und Schlüsselqualifikationen werden gestärkt. Konkrete Elemente der *SCHULEWIRTSCHAFT*-Arbeit sind beispielsweise Betriebserkundungen, Betriebspraktika für Schüler und Lehrer, Wirtschaftsplan-spiele, Schülerfirmen, Schüler-Azubi-Projekte, Fortbildungsseminare, Expertengespräche und Arbeitshilfen.

### **Maßnahmen der Tarifparteien**

Einige Branchen haben in dieser Tarifrunde bereits Maßnahmenbündel geschnürt oder bestehende Vereinbarungen ergänzt, um durch ausbildungsfreundliche Rahmenbedingungen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken. So sind in einigen Branchen die Ausbildungsvergütungen teilweise deutlich hinter den generellen Entgeltanhebungen für Arbeiter und Angestellte zurückgeblieben oder sogar vollständig von den linearen Entgeltanhebungen ausgenommen oder abgesenkt worden; zugleich sind in einigen Bereichen Vereinbarungen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes getroffen worden.